



ZUKUNFTSKOMMISSION DIGITALE AGENDA 14.12.2017

Anlage zur Niederschrift - TOP 7

Formulierung von Handlungsempfehlungen zum Thema Kinder, Jugend und soziale Arbeit

Auch wenn zahlreiche Themen, die die Kommission bisher behandelt hat, wichtig sind, sollte nach Meinung einiger Mitglieder besonders das Thema Jugend eine besondere Priorität in der abschließenden Zusammenschau erhalten, da Weichenstellungen hier am wirksamsten und weitreichendsten sind. Dies bedeutet auch die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen. Soweit mit Projekten zur Digitalisierung neue Aufgaben verbunden sind, wird – wenn nicht in gleichem Umfang bestehende Aufgaben entfallen – mehr Personal benötigt, um zusätzliche Aufgaben bewältigen zu können.

Die Kommission nimmt die bereits bestehenden Aktivitäten der Verwaltung positiv zur Kenntnis und begrüßt die bereits unternommenen Schritte zu digitalen Angeboten. Es wird empfohlen, die positiven Ansätze beizubehalten und zusätzlich alle möglichen Arbeitsprozesse auf ihr Potential zur weiteren Digitalisierung zu prüfen.

Der Hinweis der Verwaltung, dass eine Nutzung von Social Media Kanälen zur Ansprache von Klienten derzeit nicht möglich sei führt zu der Empfehlung, die Voraussetzungen zur Nutzbarkeit von Social Media – im Einklang mit bestehenden Datenschutzbestimmungen – zu schaffen. Bei der Anpassung von Angeboten sollten die Erwartungen und Möglichkeiten der jeweiligen Klienten erhoben und berücksichtigt werden.

Neben der Nutzung bestehender Plattformen sollten eigene multimediale und multifunktionale Plattformen für Beratung und Angebote geschaffen werden, die von der Stadt und von anderen sozialen Trägern und Verbänden genutzt werden können. Kirchen, soziale und freie Träger, die einen großen Teil der Jugend- und sozialen Arbeit leisten, sollten hier zu Partnern gemacht werden. Es sollten Plattformen entwickelt und angeboten werden (gegebenenfalls auf der Basis bestehender Angebote), auf denen ein Austausch zwischen Stadt und Bürger ohne Datenschutzprobleme möglich ist.

Es wird ein ämterübergreifender Austausch zu bestehenden und geplanten digitalen Lösungen angeregt, damit sichergestellt ist, dass das Rad nicht von jedem neu erfunden werden muss. Dies gilt auch für einen interkommunalen Austausch mit jeweils vergleichbaren Ämtern in anderen Kommunen. Bei der weiteren Umsetzung von Digitalisierung sollten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die weniger digitalaffin sind, auf jeden Fall mitgenommen werden. Hierzu sind Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Hier zeigt sich noch einmal deutlich, dass eine übergreifende Digitalstrategie für alle Bereiche der Kommune erforderlich ist.

Als zentraler Aspekt wird betont, dass Kinder und Jugendliche fit gemacht werden sollen für den souveränen Umgang mit digitalen Medien. Dies sollte flächendeckend geschehen und sowohl den Bereich Schule als auch Jugendarbeit umfassen. Ein Aspekt dabei ist, die bereits bestehenden Projekte bekannter zu machen und ihnen einen Austausch untereinander zu ermöglichen. Hier ist eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, die Teil der erwähnten Digitalstrategie sein muss. Für die Akteure in Schule und Jugendarbeit sind – auch kurzfristig – Weiterbildungen zu ermöglichen. Dabei sind – neben einer weiterhin notwendigen Sensibilisierung für Risiken digitaler Kommunikation – auch die damit verbundenen Chancen und Vorteile aufzuzeigen.